

Politische Partizipation von Frauen

Seminararbeit zum Blockseminar Datenanalyse

gehalten HS 2015

eingereicht bei der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

der Universität Bern

Institut für Politikwissenschaften

Fabrikstrasse 8

CH-3012 Bern

Betreuungsperson: **Paul Bauer**

von:

Marcel Schuler

aus Ermatingen (TG)

Matr.-Nr.: 08-742-397

Herbstsemester 2015

Unt. Seestr. 43

CH-8272 Ermatingen

marcel.schuler@students.unibe.ch

Bern, 31. Oktober 2015

Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS	2
1. EINLEITUNG	3
2. THEORIE	4
<i>Politische Partizipation von Frauen in der Schweiz</i>	6
3. METHODE	7
4. ANALYSE UND RESULTATE	8
<i>Partizipation von Frauen in Europa</i>	8
<i>Partizipation von Frauen auf kantonaler Stufe in der Schweiz</i>	11
5. DISKUSSION:	13
6. FAZIT	14
QUELLEN:	16
ANHANG	18
<i>Tabellen:</i>	18
<i>R-Code</i>	20
SELBSTSTÄNDIGKEITSERKLÄRUNG	21

1. Einleitung

In der Schweiz durften Frauen auf eidgenössischer Ebene erstmals im Jahr 1971 abstimmen. Im Vergleich zu anderen europäischen Nationen ist dies relativ spät. Beispielsweise durften Finninnen bereits 1906 an nationalen Wahlen teilnehmen, auch in Norwegen (1913) und in Deutschland (1918) nahmen Frauen bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts am politischen Prozess teil. Obwohl sich Parteien Mühe geben, bei Wahlen Frauen auf ihre Listen zu setzen, sind Frauen im Parlament nach wie vor schlechter vertreten als Männer. Es ist zudem auffallend, dass die prozentuale Vertretung von Frauen in der Schweiz tiefer ist, als in den zuvor genannten Ländern. Es stellt sich deshalb die Frage, weshalb Frauen schlechter vertreten sind und ob dies eine Auswirkung der späten Einführung des Frauenstimmrechts sein könnte, oder weshalb Frauen schlechtere Chancen haben, gewählt zu werden als Männer. Dies wird in der vorliegenden Arbeit durch ein Vergleich der unterschiedlichen Einführung des Frauenstimmrechts in europäischen Ländern untersucht. Ob sich die Partizipation von Frauen aufgrund der Einführung des Frauenstimmrechts unterscheidet, wird nicht nur in einem Ländervergleich untersucht. In der vorliegenden Arbeit werden zudem die Segregation des Schweizer Staatenbundes benutzt, um dasselbe Vorgehen wie im europäischen Vergleich in einem kleineren und noch kohärenterem Setting zu untersuchen.

Bei einer Begutachtung der Einführung des Frauenstimmrechts auf kantonaler Ebene kann ebenfalls eine grosse Varianz festgestellt werden. Es liegen 31 Jahre zwischen der ersten kantonalen Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz und der letzten: im Kanton Waadt am 1. Februar 1959 und am 27. November 1990 im Kanton Appenzell Innerrhoden. Es stellt sich die Frage, welchen Einfluss dies auf die unterschiedliche Partizipation von Frauen in der Politik hat. Kann es sein, dass der Zeitpunkt der Einführung des Frauenstimmrechts einen Einfluss auf die heutige Beteiligung von Frauen in der Politik hat? Die Forschungsfrage für die vorliegende Arbeit lautet somit: **„Hat der Zeitpunkt der Einführung des Frauenstimmrechts einen Einfluss auf die politische Partizipation von Frauen?“**. Damit soll die vorliegende Arbeit klären, ob der Zeitpunkt der Einführung des Frauenstimmrechts die politische Partizipation von Frauen beeinflusst.

Vor dem Hintergrund des politischen Gleichheitsgrundsatzes und der bestehenden Lücke zwischen dem Anteil männlicher und weiblicher Abgeordneten ist diese Frage von hoher gesellschaftlicher Relevanz.

2. Theorie

Die Partizipationsforschung kennt verschiedene Dimensionen politischer Beteiligung. In modernen Industriegesellschaften sind gesellschaftliche und politische Sachverhalte heute jedoch dermassen miteinander verflochten, dass nahezu „jedes Handeln, auch innerhalb eines explizit nicht-politisch abgegrenzten Umfeldes, politische Dimensionen im Sinne von politischer Bedeutsamkeit annehmen“ kann (Kaase 1992: 146). Nach Kaase (1993a:429) wird die politische Partizipation deshalb in konventionell und unkonventionell unterteilt. Als konventionell gelten „Handlungen, die in einen institutionell klar definierten Kontext eingebettet sind, so z.B in das Grundgesetz oder in eine Gemeindeordnung. In diese Kategorie fallen in erster Linie alle Wahlen zu Parlamenten. Unkonventionell sind hingegen jene Aktionsformen, die in einem spontanen oder geplanten Mobilisierungsprozess ausserhalb eines institutionalisierten Rahmens entstehen“ (Kaase 1993a: 429). Weitgehend ordnet folgende Grafik die Dimensionen politischer Beteiligung ein:

Tabelle 1: Taxonomie politischer Partizipation (Uehlinger 1988)

Dimensionen politischer Beteiligung	Formen politischer Beteiligung	Konkrete Akte politischer Beteiligung
Konventionell bzw. verfasst	- Staatsbürgerrolle	- sich an Wahlen beteiligen
	- Parteiorientierte Partizipation	- In eine Partei eintreten, aktiv mitarbeiten
Unkonventionell bzw. unverfasst a) legal	- Problemorientierte Partizipation	- Mitarbeit in einer Bürgerinitiative - Teilnahme an einer genehmigten Demonstration - Unterschriftensammeln - Sich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligen
b) illegal, gewaltlos	- Ziviler Ungehorsam	- Teilnahme an einer verbotenen Demonstration - Beteiligung an wilden Streiks - Hausbesetzung / Blockaden
b) illegal, gewaltsam	- Politische Gewalt	- Gewalt gegen Personen und Sachen

In der Folge werden unter politischer Partizipation somit jene Verhaltensweisen von Bürgern und Bürgerinnen verstanden, die sie allein oder mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen auszuüben. Auch Kaase (1992:146) unterstützt diese Definition, wonach unter politischer Partizipation „Handlungen, die motivational (im Sinne von zweckrational) bewusst mit der Erreichung eines politischen Ziels verknüpft sind“ verstanden wird.

Ein Blick auf Partizipation in der Politik zeigt: Männer und Frauen partizipieren unterschiedlich in der Politik. Doch weshalb ist das so? Nach Pippa Norris (1991) gibt es drei Erklärungsansätze der politischen Partizipation von Frauen: Der traditionelle, radikale und

revisionistische Forschungsansatz. Nach dem **traditionellen Ansatz** „waren/sind Frauen weniger politisch interessiert und informiert als Männer und zeigen deshalb ein geringeres Engagement im konventionellen politischen Bereich“ (Hoecker 1995:24). Diesem Ansatz folgen besonders ältere Untersuchungen, wie beispielsweise Verba und Nie (1972: 234) „In all societies for which we have data, sex is related to political activity; men are more active than women“. Auch wenn diese Untersuchung mehrere Jahrzehnte zurückliegt, so „weisen neuere Untersuchungen dennoch auf eine weiterhin geringere Beteiligung von Frauen im konventionellen politischen Bereich hin (Hoecker 1995:25). Nach wie vor bekunden Frauen ein erheblich geringeres politisches Interesse und sind in Parteien, Parlamenten und Kabinetten aller westlichen Demokratien unterrepräsentiert (Vgl. Lovenduski 1986, Randall 1987, Kaase 1993a). „Auch mit Blick auf die Wahlbeteiligung bestehen zwischen den Geschlechtern – trotz einer generellen Angleichung – weiterhin deutliche Differenzen, die bei einer Aufschlüsselung nach Alter bzw. Generationen zutage treten“ (Hoecker 1995:25).

Der radikale Ansatz betont nach Pippa Norris (1991:56), im Gegensatz zur traditionellen Sichtweise, dass Frauen nicht weniger am politischen Prozess partizipieren, sondern dass sie sich auf eine andere Weise engagieren. Max Kaase (1993a:431) interpretiert diesen empirischen Befund so: „Frauen haben sich in der gegenwärtigen historischen Periode offenbar für die Sicht entschieden, dass ihre Mitwirkungschancen im konventionellen Bereich nach wie vor so blockiert sind, dass sich politisches Engagement – wenn überhaupt – nur im unkonventionellen Raum lohnt“.

Nach Pippa Norris (1991:72) haben jedoch weder der traditionelle Ansatz noch der radikale Ansatz Gültigkeit „Nevertheless the conventional view is no longer valid today as men and women are remarkably similar in their mass behaviour and attitudes“. Aus diesem Grund formuliert Pippa Norris (1991) einen dritten Ansatz, **den revisionistischen Ansatz**. Demzufolge habe es zwar früher ein geringeres politisches Engagement von Frauen gegeben, doch seien geschlechterspezifische Unterschiede übertönt worden, da sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen und Männern inzwischen auch im politischen Bereich gewandelt haben. So kommt auch Hoecke (1995:28) zum Schluss, dass die politische Beteiligung von Frauen im Wesentlichen abhängig von kulturellen, sozialstrukturellen sowie institutionellen Einflussfaktoren ist, die wiederum untereinander in einem komplexen Wirkungszusammenhang stehen:

Abbildung 1: Einflussfaktoren der politischen Partizipation von Frauen (Hoecker 1995:28)



Nach Hoecker (1995) unterliegt die politische Partizipation von Frauen somit mehreren Einflussfaktoren. „Die Partizipationsforschung hat hier die Bedeutung von situativen Elementen, z.B im Sinne von mobilisierenden Ereignissen, als auch von Gruppenbindungen herausgestellt. Daneben spielen aber auch subjektive Einstellungen aus dem Bereich der politischen Kultur insofern eine Rolle, als sie die Wahrnehmung von individuellen Handlungsspielräumen strukturieren. So gelten beispielsweise die Überzeugung von eigenen effektiven Handlungsmöglichkeiten sowie das Vertrauen in die eigene politische Kompetenz als wichtige Partizipationsbedingungen“ (Hoecker 1995:19).

Politische Partizipation von Frauen in der Schweiz

Die kantonalen Parlamente in der Schweiz haben unterschiedlich viele Mitglieder: Das kleinste Parlament zählt 49 Mitglieder (Appenzell), das grösste 180 (Zürich). Diese Parlamente werden von unterschiedlich vielen Männern und Frauen besetzt: „Frauen sind in allen Kantonsparlamenten untervertreten, aber nicht überall gleichermassen“ (Rielle 2010:5). Zudem werden nicht alle Parlamente auf die gleiche Art und Weise gewählt: in Uri, Schwyz, Zug, Basel-Stadt, Schaffhausen und Appenzell Ausserrhoden wird das Parlament durch ein Majorzverfahren zusammengestellt. In den 18 anderen Kantonen wird nach dem Proporzwahlverfahren gewählt. „Die kantonalen Parlamentswahlen erfolgen normalerweise in mehreren regionalen Wahlkreisen, ausser im Tessin und in Genf, wo der Kanton einen einzigen Wahlkreis darstellt“ (Internetseite NR 1).

Werner Seitz (2004) hat für das Bundesamt für Statistik umfangreiche Untersuchungen zu den Wahlchancen von Frauen für die Jahre 1971 bis 2003 durchgeführt. Nach Seitz (2007:11) erreichten die Frauen bei den ersten Wahlen mit Frauenstimmrecht Anfang der Siebzigerjahre einen Anteil von gut 6 Prozent unter den Gewählten. „Bei den folgenden Wahlen vermochten sie ihre Vertretung kontinuierlich zu steigern: Zu Beginn der

Achtzigerjahre überschritten sie die 10 Prozent-Marke und in den frühen Neunzigerjahren die 20 Prozent-Marke. Nach einem Stottern zu Beginn des neuen Jahrtausends stieg der Anteil der gewählten Frauen 2004/07 in den kantonalen Parlamenten auf rund 26 Prozent“. Diese Entwicklung hat sich nicht fortgesetzt. „Bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente waren in der Periode 2008/2011 2608 Sitze zu besetzen. Im Vergleich zu den Wahlen von 2004/2007 ging der Anteil der gewählten Frauen erstmals um 1,1 Prozentpunkte leicht zurück auf 25,3% (661 Frauen und 1947 Männer)“ (Seitz 2012: 15).

In der Schweiz konzentriert sich die Diskussion des Frauenstimmrechts vor allem auf die eidgenössische Ebene, die kantonale wurde bis heute kaum erforscht. Auch wurde schon oft der Frage nachgegangen, ob das Proporz- oder Majorzwahlrecht einen Effekt auf die Partizipation der Frauen in der Politik hat und was es für mögliche geben könnte, wieso Frauen in gewissen Institutionen weniger vertreten sind. Auch die Proportionalität des Wahlsystems ist und war ein oft verwendeter Untersuchungsgegenstand, um einen Zusammenhang auf den Frauenanteil im Parlament zu kontrollieren (Vgl. Paxton et al. 2007; Ruedin 2012). Auch der Nominierungsprozess in den Parteien, das Wahlsystem, die Einstellung gegenüber Frauen oder sozioökonomische Faktoren sind Untersuchungsgegenstände der Partizipationsforschung (Htun 2004; Ruedin 2012). Institutionelle Faktoren, wie vorliegend der Zeitpunkt der Einführung des Frauenstimmrechts, wurden noch nicht stark beleuchtet. Die Forschungsfrage für die vorliegende Arbeit lautet somit: **„Hat der Zeitpunkt der Einführung des Frauenstimmrechts einen Einfluss auf die politische Partizipation von Frauen?“**.

Daraus abgeleitet, lässt sich für die vorliegende Arbeit folgende Hypothese aufstellen:

- Umso früher der Einführung des Frauenstimmrechts zugestimmt wurde, desto höher die politische Partizipation von Frauen.

3. Methode

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der politischen Partizipation von Frauen an Wahlen und untersucht einen Zusammenhang zwischen der zeitlichen Einführung des Frauenstimmrechts und der konkreten politischen Beteiligung von Frauen bei Wahlen. In der vorliegenden Arbeit werden deshalb die Ergebnisse der nationalen Wahlen von EU Ländern und die politische Partizipation von Frauen betrachtet (Repräsentation). Auch unter den Schweizer Kantonen besteht eine grosse Varianz zwischen den unterschiedlichen Zeitpunkten der Einführung des Frauenstimmrechts (1959-1990). Es bietet sich daher an, zusätzlich zum europäischen Vergleich, die Einführung des Stimmrechts auf kantonaler Stufe und die Partizipation von Frauen in diesem kleineren Rahmen zu betrachten. Auch wenn sich die Kantone unterscheiden, so eignen sie sich aufgrund der den kulturellen,

soziodemographischen und institutionellen Ähnlichkeit dennoch für ein most similar case design. Diese doppelte Betrachtung schafft den Vorteil, dass die gleiche Methode auf zwei verschiedenen Ebenen, aber auch in zwei Fällen getestet werden kann. So können beide Untersuchungen miteinander verglichen werden.

An dieser Stelle ist wichtig zu erwähnen, dass die Schweiz im europäischen Vergleich nicht betrachtet wird, da die Schweizer Legislative in zwei Kammern, den National- und den Ständerat, aufgeteilt ist. Durch diese besondere Ausgestaltung des Zweikammersystems (unterschiedliche Grösse und unterschiedlicher Frauenanteil der jeweiligen Kammer) kann die weibliche Partizipation mit den anderen europäischen Ländern nicht akkurat verglichen werden.

Der Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit ist somit die Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz auf kantonaler Ebene und die Einführung des Frauenstimmrechts in Europa. Es wird ein Querschnittsdesign gewählt, in dem der Frauenanteil im Parlament in einem bestimmten Jahr (letzter verfügbarer Zeitpunkt) untersucht wird. Die hier zentrale erklärende Variable für die politische Partizipation von Frauen (erklärte Variable) ist der Zeitpunkt der Einführung des Frauenstimmrechts. Die Ergebnisse werden mittels deskriptiver Statistik analysiert untersucht. Anschliessend werden die Ergebnisse für Europa mit denjenigen für die Schweiz verglichen. Die gesamte Analyse wird durch grafische Darstellungen ergänzt.

4. Analyse und Resultate

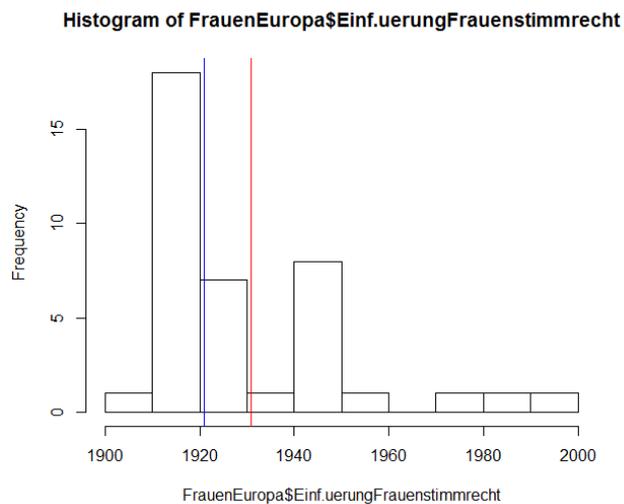
Partizipation von Frauen in Europa

Die Analyse zeigt, dass eine grosse Zeitspanne zwischen der ersten Einführung des Frauenstimmrechts (Finnland) und der letzten (Kasachstan) liegt. Auch der tiefste Parlamentarierinnenanteil und der Höchste unterscheiden sich um 33.50 Prozentpunkte.

Tabelle 2: Deskriptiver Vergleich Zeitpunkt Einführung des Frauenstimmrechts und Anzahl Parlamentarierinnen in europäischen Ländern

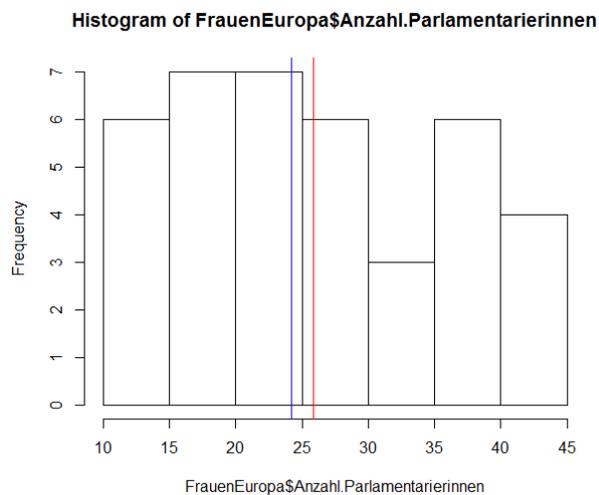
Einführung Frauenstimmrecht		Anzahl Parlamentarierinnen	
Min.	1906 (Finnland)	Min	10.10% (Armenien)
1st Qu.	1918	1st Qu.	18.35%
Median	1921	Median	24.20%
Mean	1931	Mean	25.83%
3rd Qu.	1944	3rd Qu.	33.90%
Max.	1993 (Kasachstan)	Max.	43.60% (Schweden)

Abbildung 2: Verteilung der Einführung des Frauenstimmrechts in europäischen Ländern



Es zeigt sich eine unimodale und rechtschiefe Verteilung. In rot ist der Mittelwert und in blau der Median dargestellt. Es zeigt sich, dass ein Grossteil der europäischen Länder das Frauenstimmrecht in den 1920er Jahren eingeführt hat.

Abbildung 3: Häufigkeiten des Anteils Parlamentarierinnen in europäischen Ländern



Die Anzahl der Parlamentarierinnen in den europäischen Ländern ist gleichverteilt. Median (rote Linie) und Mittelwert (blaue Linie) liegen nahe bei einander und bei 24.20 Prozent, respektive 25.83 Prozent. Dies bedeutet, dass der durchschnittliche Frauenanteil in den untersuchten Ländern bei knapp 26 Prozent liegt. Der höchste Frauenanteil hat Schweden mit 43.60 Prozent.

Werden diese beiden statistischen Merkmale in einem Streudiagramm dargestellt, ergibt sich folgende Punktwolke:

Partizipation von Frauen verzeichnen. Die untere Tabelle zeigt die sieben Länder mit der Tiefsten Parlamentarierinnenquote auf:

Tabelle 3: Niedrigste Quote von Parlamentarierinnen

Land	Einführung Frauenstimmrecht	Anzahl Parlamentarierinnen in Prozent
Armenien	1921	10.1
Ungarn	1918	10.1
Georgien	1921	11.1
Ukraine	1919	12.1
Russland	1918	13.6
Rumaenien	1946	13.7
Azerbaidjan	1921	15.6

Partizipation von Frauen auf kantonaler Stufe in der Schweiz

Wie bereits im europäischen Vergleich, wurden zuerst der Zeitpunkt des Frauenstimmrechts und die prozentuale Vertretung von Frauen in den Parlamenten erfasst. Diese wurden einem zweiten Schritt deskriptiv analysiert:

Tabelle 4: Deskriptiver Vergleich Zeitpunkt Einführung des Frauenstimmrechts und Anzahl Parlamentarierinnen in der Schweiz

Einführung Frauenstimmrecht		Anzahl Parlamentarierinnen	
Min.	1959 (Neuenburg)	Min	13.30% (Tessin)
1st Qu.	1970	1st Qu.	17.45%
Median	1971	Median	22.55%
Mean	1971	Mean	24.04%
3rd Qu.	1972	3rd Qu.	30.00%
Max.	1990 (Appenzell Innerrhoden)	Max.	37.80% (Basellandschaft)

Während Frauen in Basel-Stadt derzeit zu 37.8 Prozent und in Zürich zu 33.3 Prozent vertreten sind, weisen die Kantone Tessin mit 13.3 Prozent und Jura mit 15 Prozent einen viel geringeren Frauenanteil auf (Stand Oktober 2012). „Diese grossen Unterschiede sind nicht einfach das Resultat zufälliger Schwankungen sondern seit Jahrzehnten stabil: So gehörten die beiden Basel stets zu den Kantonen mit den höchsten Frauenanteilen in den Parlamenten, während das Tessin und Glarus in der Kantonsrangliste von Anfang an hinterste Plätze belegten (Rielle 2010:5).

Als Unterstützung werden diese Daten in einem dritten Schritt als Histogramm abgebildet:

Abbildung 6: Verteilung der Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz

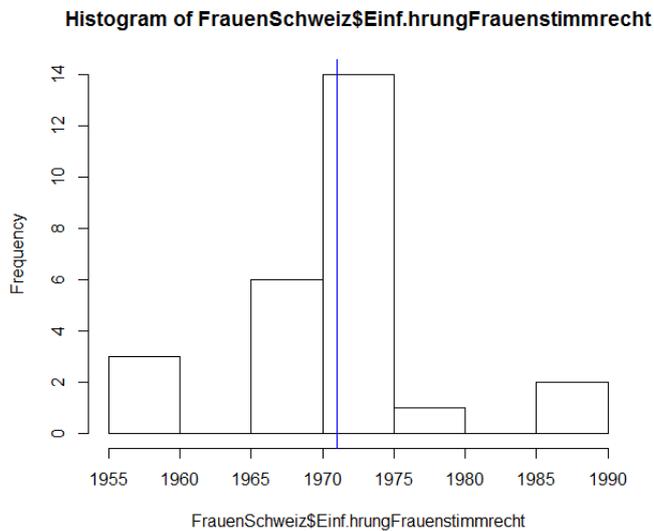
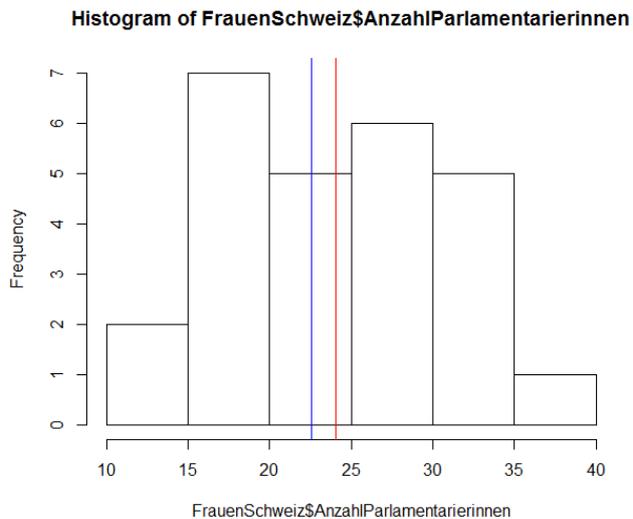
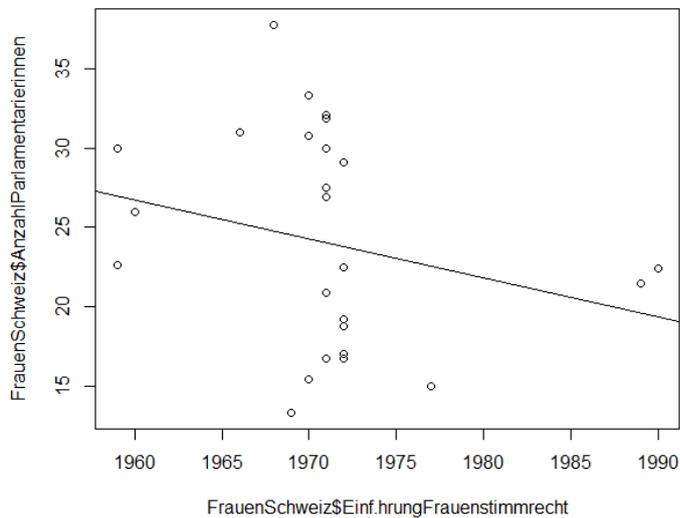


Abbildung 7: Häufigkeiten des Anteils der Parlamentarierinnen in kantonalen Parlamenten



Wie bereits im europäischen Vergleich werden diese beiden statistischen Merkmale in einem Streudiagramm dargestellt, um einen möglichen Zusammenhang darstellen zu können. Wie Auch hier muss die Grafik mit Vorsicht genossen werden. Eine Vielzahl der Kantone hat das Frauenstimmrecht zur gleichen Zeit eingeführt. Gleichzeitig besteht eine grosse Varianz zwischen der Anzahl Parlamentarierinnen dieser Kantone:

Abbildung 8: Scatterplot Zeitpunkt Einführung Frauenstimmrecht und prozentualer Anzahl kantonaler Parlamentarierinnen in der Schweiz



Wie die untere Regression zeigt, lässt sich, wie schon im europäischen Vergleich, für den Zeitpunkt der Einführung des Frauenstimmrechts und der Partizipation von Frauen keinen Zusammenhang feststellen. Auch hier haben zu viele Kantone in einem kurzen Zeitraum das Frauenstimmrecht eingeführt.

Abbildung 9: Regression Rang Zeitpunkt Einführung Frauenstimmrecht und prozentualer Anzahl kantonaler Parlamentarierinnen

```

Residuals:
  Min       1Q   Median       3Q      Max
-15.836  -7.578  -1.479   8.212  17.689

Coefficients:
              Estimate Std. Error t value Pr(>|t|)
(Intercept)    42.356278  158.778410   0.267   0.791
FrauenEuropa$Einf.uerungFrauenstimmrecht -0.008561   0.082225  -0.104   0.918

Residual standard error: 10.02 on 37 degrees of freedom
Multiple R-squared:  0.0002929, Adjusted R-squared:  -0.02673
F-statistic: 0.01084 on 1 and 37 DF,  p-value: 0.9176
    
```

5. Diskussion:

An der vorliegenden Arbeit kann kritisiert werden, dass die Studie eigentlich keine neuen Resultate bezüglich der politischen Partizipation von Frauen liefert. Doch welche Erkenntnisse können aus der durchgeführten Untersuchung dennoch gewonnen werden? Weshalb liess sich kein Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt der Einführung des Frauenstimmrechts und der politischen Partizipation von Frauen feststellen? Es hat sich

gezeigt, dass die Wahl der europäischen Länder für die Untersuchung eines Zusammenhangs zwischen der Einführung des Frauenstimmrechts und der politischen Partizipation nicht ideal ist. Zwar ist die Spannweite zwischen dem ersten und letzten Zeitpunkt der Einführung des Frauenstimmrechts sehr weit auseinander. Wie jedoch eine genaue Analyse gezeigt hat, so konzentrieren sich viele Daten um denselben Zeitpunkt (Europa 1920, Schweiz 1971). Der Vergleich zwischen dem europäischen und dem kantonalen Schnitt zeigt, dass keine Unterschiede zwischen der Einführung 1921 und 1971 liegen. Jedoch ergibt sich aus diesem Vergleich eine wichtige Erkenntnis: Es müssen andere Gründe vorliegen, welche die politische Partizipation von Frauen beeinflussen. Durch den durchgeführten Vergleich können alsdann Vermutungen über die impliziten Mechanismen der Partizipation von Frauen in der Politik aufgestellt werden.

Die sehr niedrige Anzahl Parlamentarierinnen in den östlichen Ländern deutet darauf hin, dass es einen geografischen Zusammenhang geben könnte. Es zeigt sich auch, dass konservative Kantone das Frauenstimmrecht eher spät eingeführt haben. Es kann deshalb sein, dass die späte Einführung des Frauenstimmrechts mit einem konservativen Gesellschaftsbild zusammenhängt: Das konservative Rollenverständnis könnte dazu führen, dass sich Frauen nicht beruflich oder politisch engagieren und mehr Zeit für die Familie aufwenden. Wie zudem gesehen wurde, existiert ein grosser Unterschied bezüglich der Parlamentsgrösse und der damit verbundenen Sitzzahl im Parlament. Es bleibt weiteren Untersuchungen zu überlassen, ob die Grösse des Parlaments die politische Partizipation von Frauen beeinflusst. Somit kann es doch sein, dass institutionelle Gründe für die unterschiedliche politische Partizipation von Frauen ausschlaggebend sind.

Aus Sicht des Autors könnte dies auch beim Wahlsystem, oder dem Handeln von Parteien der Fall sein. Für eine weiterführende Untersuchung der politischen Partizipation von Frauen erscheint es deshalb sinnvoll, sowohl ökonomischen institutionellen, sozioökonomischen und auch kulturellen Ursachen zu berücksichtigen.

6. Fazit

Diese Arbeit befasste sich mit der politischen Partizipation von Frauen und versuchte einen Unterschied in dieser durch den Zeitpunkt der Einführung des Frauenstimmrechts zu erklären. Zu diesem Zweck wurden die Zeitpunkte der Einführung des Frauenstimmrechts europäischer Länder und der Anteil an der Politik partizipierender Frauen erfasst. Dieses Vorgehen wurde für die Kantonsparlamente in der Schweiz wiederholt. Es hat sich gezeigt, dass sich eine grosse Spannweite zwischen dem ersten und letzten Zeitpunkt der Einführung des Frauenstimmrechts existiert. Jedoch sammeln sich viele Länder um den gleichen Zeitpunkt. Dasselbe ist für die Schweizer Kantonsparlamente zu beobachten. Dies liess sich durch einen Vergleich der Häufigkeiten und Streudiagrammen feststellen. Auch wenn sich

beide Zeitpunkte (Schweiz und Europa) um 50 Jahre unterscheiden, so liess sich durch eine Regressionsanalyse für beide Settings kein Zusammenhang zwischen der frühen Einführung und einer höheren politischen Partizipation von Frauen feststellen. Dennoch deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die politische Partizipation von Frauen von verschiedenen Faktoren abhängig ist. Es bleibt weiteren Untersuchungen zu überlassen, sowohl ökonomischen institutionellen, sozioökonomischen und auch kulturellen Ursachen zu berücksichtigen.

Quellen:

Hardmeier, Sibylle. 2004. Was uns der Frauenrechtskampf über die „Erfindung“ der Demokratie lehrt. S. 75 – 108. In die Erfindung der Demokratie in der Schweiz, Studien und Quellen, Band 30, herausgegeben vom Schweizerischen Bundesarchiv. Zürich. Chronos.

Hoecker, Beate. 1995. Politische Partizipation von Frauen, Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses, ein einführendes Studienbuch. Leske + Budrich. Opladen.

Htun, Mala. 2004. Is Gender Like Ethnicity? The Political Representation of Identity Groups. Perspectives on Politics 2, no.3. 439-458.

Kaase, Max. 1992. Vergleichende Politische Partizipationsforschung, in: Dirk. Berg-Schlosser/Ferdinand Müller-Rommel (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienbuch. Opladen (1992), S. 145-160

Kaase, Max. 1993. Politische Beteiligung/Politische Partizipation, in: Uwe Anderssen/Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen (1993), S. 429-433.

Lovenduski, Joni. 1986. Women and European Politics. Contemporary Feminism and Public Policy. Guildford.

Norris, Pippa. 1991. Gender Differences in Political Participation in Britain : Traditional, Radical and Revisionist Models in: Government and Opposition, An International Journal of Comparative Politics, Jg. 26, 1/1991, S. 56-74

Paxton, Pamela, Kunovich, Sheri und Hughes Melanie. 2007. Gender in politics. Annual Review of Sociology. 33:263-84.

Randall, Vicky. 1987. Women and Politics. Houndmills.

Rielle, Yvan. 2010. Kleines Land- grosse Unterschiede: Die politische Teilhabe von Frauen in den Kantonen. Genderstudies 16: 5-6.

Ruedin, Didier. 2012. "The representation of women in national parliaments: A cross-national comparison." European Sociological Review 28(1): 96–109

Seitz, Werner. 2004. Die Frauen bei den Nationalratswahlen 2003. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.

Seitz, Werner. 2007. Der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.

Seitz, Werner. 2012. Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2011: Der langjährige Vormarsch der Frauen gerät ins Stocken. Frauenfragen 2012: 8-19

Uehlinger, Hans Martin. 1988. Politische Partizipation in der Bundesrepublik, Opladen.

Verba, Sidney und Nie, Norman. 1972. Participation in America. Political Democracy and Social Equality. New York.

1. Internetseite. BFS, Bundesamt für Statistik.

<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/11/def.html> (zuletzt geöffnet am: 31.10.2015)

2. Internetseite. Inter-Parliamentary Union. <http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm> (zuletzt geöffnet am: 31.10.2015)

3. Internetseite. Quelle: Bundesamt für Statistik

http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/02/blank/key/frauen_und_politik/kantone.html (zuletzt geöffnet am: 31.10.2015)

Anhang

Tabellen:

Tabelle 5: Statistische Angaben zur Anzahl nationaler Parlamentarierinnen Europa 2015

Land	Einführung Frauenstimmrecht	Anzahl Parlamentarierinnen	Rang
Albanien	1920	20.8	15
Armenien	1921	10.1	20
Austria	1918	30.6	4
Azerbajjan	1921	15.6	20
Belgien	1948	39.3	34
Bulgarien	1944	20.4	28
Daenemark	1915	37.4	3
Deutschland	1918	36.5	4
Estland	1918	23.8	4
Finnland	1906	41.5	1
Frankreich	1944	26.2	28
Georgien	1921	11.1	20
Griechenland	1952	23	36
Grossbritannien	1928	29.4	24
Irland	1928	16.3	24
Island	1920	41.3	15
Israel	1948	24.2	34
Italien	1945	31	30
Kasachstan	1993	26.2	39
Kroatien	1945	25.8	30
Lettland	1918	18	4
Lichtenstein	1984	20	38
Litauen	1918	23.4	4
Luxemburg	1919	28.3	12
Niederlande	1920	37.3	15
Norwegen	1913	39.6	2
Polen	1918	24.1	4
Portugal	1976	31.3	37
Rumaenien	1946	13.7	33
Russland	1918	13.6	4
Schweden	1921	43.6	20
Slovakei	1920	18.7	15
Slowenien	1945	36.7	30
Spanien	1931	41.1	27
Tuerkei	1930	17.8	26
TschechischeRepublik	1920	20	15
Ukraine	1919	12.1	12
Ungarn	1918	10.1	4
Weissrussland	1919	27.3	12

Quelle: Internetseite Nr 2, eigene Darstellung

Tabelle 6: Statistische Angaben zur Anzahl kantonaler Parlamentarierinnen in den CH Kantonen 2008-2011

Kanton	Einführung Frauenstimmrecht	Anzahl Parlamentarierinnen	Rang
Aargau	1971	32.1	15
AppenzellAusserrhoden	1989	21.5	20
AppenzellInnerrhoden	1990	22.4	4
BaselLandschaft	1968	37.8	20
BaselStadt	1966	31	34
Bern	1971	31.9	28
Freiburg	1971	20.9	3
Genf	1960	26	4
Glarus	1971	16.7	4
Graubunden	1972	19.2	1
Jura	1977	15	28
Luzern	1970	30.8	20
Neuenburg	1959	22.6	36
Nidwalden	1972	16.7	24
Obwalden	1972	29.1	24
Schaffhausen	1971	16.7	15
Schwyz	1972	17	34
Solothurn	1971	30	30
StGallen	1972	22.5	39
Tessin	1969	13.3	30
Thurgau	1971	26.9	4
Uri	1972	18.8	38
Waadt	1959	30	4
Wallis	1970	15.4	12
Zug	1971	27.5	15
Zuerich	1970	33.3	2

Quelle: Internetseite Nr. 3, eigene Darstellung

R-Code

```
# *****
# Blockkurs: Quantitative Datenanalyse mit R
# R-Skript
# Datum: 31. Oktober 2015
# Autor: Marcel Schuler
# Matrikelnummer: 08-742-397
# Mail: marcel.schuler@students.unibe.ch
# *****

getwd() # Display working directory
setwd("C:/Users/Marcel/Desktop/Uni/HS15 S Blockseminar Datenanalyse") # wd festlegen
dir() #display content of the whole wd

#Europa
#Datensatz laden
install.packages("car")
library(car)

FrauenEuropa <- read.csv("C:/Users/Marcel/Desktop/Uni/HS15 S Blockseminar Datenanalyse/FrauenEuropa.csv", sep=";", header=TRUE)
summary(FrauenEuropa)

hist(FrauenEuropa$Einf.uerungFrauenstimmrecht)
abline(v=mean(FrauenEuropa$Einf.uerungFrauenstimmrecht), col="red")
abline(v=median(FrauenEuropa$Einf.uerungFrauenstimmrecht), col="blue")

hist(FrauenEuropa$Anzahl.Parlamentarierinnen)
abline(v=mean(FrauenEuropa$Anzahl.Parlamentarierinnen), col="red")
abline(v=median(FrauenEuropa$Anzahl.Parlamentarierinnen), col="blue")

# Scatterplot for the two variables
plot(FrauenEuropa$Einf.uerungFrauenstimmrecht, FrauenEuropa$Anzahl.Parlamentarierinnen)
fit <- lm(FrauenEuropa$Anzahl.Parlamentarierinnen ~ FrauenEuropa$Einf.uerungFrauenstimmrecht)
abline(fit)

#Regression
fit <- lm(FrauenEuropa$Anzahl.Parlamentarierinnen ~ FrauenEuropa$Rang, data=FrauenEuropa)
summary(fit)

#Schweiz
#Datensatz laden

FrauenSchweiz <- read.csv("C:/Users/Marcel/Desktop/Uni/HS15 S Blockseminar Datenanalyse/FrauenSchweiz.csv", sep=";", header=TRUE)
summary(FrauenSchweiz)

hist(FrauenSchweiz$Einf.hrungFrauenstimmrecht)
abline(v=mean(FrauenSchweiz$Einf.hrungFrauenstimmrecht), col="red")
abline(v=median(FrauenSchweiz$Einf.hrungFrauenstimmrecht), col="blue")

hist(FrauenSchweiz$AnzahlParlamentarierinnen)
abline(v=mean(FrauenSchweiz$AnzahlParlamentarierinnen), col="red")
abline(v=median(FrauenSchweiz$AnzahlParlamentarierinnen), col="blue")

# Scatterplot for the two variables
plot(FrauenSchweiz$Einf.hrungFrauenstimmrecht, FrauenSchweiz$AnzahlParlamentarierinnen)
fit <- lm(FrauenSchweiz$AnzahlParlamentarierinnen ~ FrauenSchweiz$Einf.hrungFrauenstimmrecht)
abline(fit)

#Regression
fit <- lm(FrauenSchweiz$AnzahlParlamentarierinnen ~ FrauenSchweiz$Rang, data=FrauenSchweiz)
summary(fit)
```

Selbstständigkeitserklärung

„Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Alle Stellen der Arbeit, die anderen Werken dem Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen wurden, habe ich in jedem Fall unter Angabe der Quelle als Entlehnung kenntlich gemacht. Das Gleiche gilt auch für evt. beigegebene Zeichnungen und Darstellungen. Mir ist bekannt, dass ich andernfalls ein Plagiat begangen habe, dass dieses mit der Note 1 bestraft wird und dass ich vom Dekan einen Verweis erhalte.“

Bern, 31.10.2015



Marcel Schuler